

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/244

Bonn, den 22. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Jetzt ist die Bahn frei 52

Zur Einigung der EWG-Partner in Brüssel

2 - 3 Griechenlands Bindungen an die EWG und die NATO 56

Von Dr. Hans Apel, MdB,  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD

A N H A N G

Großbritannien 1969 43

Briten zwischen Toleranz und Vorurteilen

Von Hans Joachim Werbke, London

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Erfolgreiche Initiativen für Vertriebene und Flüchtlinge  
Ein gutes Vorzeichen für das neue Jahr  
Mehr Menschlichkeit für unsere Landsleute  
Demokratische Postulate der Vertriebenen und Flüchtlinge  
BdV kritisiert Gesetzesentwurf der CDU/CSU

Jetzt ist die Bahn frei

---

Zur Einigung der EWG-Partner in Brüssel

sp - "Die europäische Gipfelkonferenz von Den Haag Anfang dieses Monats hat sich doch ausgezahlt!" - Das war der erste Kommentar eines der Außenminister der sechs EWG-Staaten, als er Montagmorgen gegen 5 Uhr erschöpft, aber doch mit einem zufriedenen Lächeln den Konferenzsaal in Brüssel nach der einwöchigen Marathonverhandlung verließ.

Die in dieser Nacht in Brüssel erzielte Einigung ist ein bedeutender Schritt Europas nach vorn. Was gegen Mitternacht noch niemand zu hoffen wagte, konnte in den Morgenstunden unter Dach und Fach gebracht werden.

- \* 1. 1970 werden die Ausgaben der EWG unter einem festen Beitragsschlüssel finanziert. Die Bundesrepublik zahlt 31,7 Prozent, Frankreich 28 Prozent und Italien 21,5 Prozent der Kosten der Gemeinschaft. Auf Holland entfallen 10,3, auf Belgien 8,25 und auf Luxemburg 0,2 Prozent.
- \* 2. Am 1. Januar 1971 übertragen die EWG-Länder voll ihre Einnahmen aus Agrar-Abschöpfungen und - bis Ende 1974 - schrittweise auch ihr Aufkommen aus der Industriezöllen auf die EWG. Die restlichen Ausgaben der Gemeinschaft werden durch nationale Beiträge, die nach einem Schlüssel berechnet werden, der vom Anteil der Mitgliedsländer am Bruttosozialprodukt der EWG ausgeht.
- \* Um eine gerechte Lastenverteilung zu sichern, brauchen die Haupteinfuhrländer der Gemeinschaft bis 1975 jedoch jährlich höchstens ein Prozent mehr in die EWG-Kasse zu zahlen, als im Jahr zuvor.
- \* 3. Vom 1. Januar 1975 an wird die EWG ausschließlich aus eigenen Einnahmen finanziert. Neben den Abschöpfungen und Industriezöllen wird eine besondere EWG-Steuer erhoben, die höchstens ein Prozent des Mehrwertsteuer-Aufkommens entspricht. Für drei weitere Jahre wird jedoch noch ein finanzielles Korrektiv aufrechterhalten. Der Anteil der Mitgliedsregierungen

- \* an den EWG-Kosten soll während dieser Zeit nicht mehr als
- \* zwei Prozent jährlich steigen oder sinken.

Im Übrigen: Vom 1. Januar 1975 an wird die EWG ausschließlich aus eigenen Einnahmen finanziert. Und ab 1. Januar 1978 werden Zölle und Agrarabschöpfungen nicht mehr den Mitgliedsstaaten zugerechnet.

Soweit die gemeinsam beschlossene "Technik" des Zusammenwachsens der sechs EWG-Staaten. Politisch bedeutsam ist die Tatsache, daß auf der Grundlage der jetzt erzielten Einigung der noch in diesem Jahre vorgesehene Beginn der Beitrittsverhandlungen mit anderen Staaten eingehalten werden kann. Ferner darf davon ausgegangen werden, daß jetzt das Europäische Parlament ein erweitertes Mitbestimmungsrecht bei der Kontrolle der Finanzen erhält, wodurch eine Art "Europäischer Zollverein" geschaffen werden kann. Unausgesprochen, aber doch in der politisch-ökonomischen Perspektive als notwendig anerkannt, ist hierbei die von den Experten schon seit langem geforderte Schaffung eines gemeinsamen Währungsfonds.

Wieder einmal - ähnlich wie vor der europäischen Gipfelkonferenz in Den Haag - sind die Pessimisten im Unrecht geblieben. Die Logik der im europäischen Raum entstandenen Realitäten hat sich durchgesetzt. Europa hat neue Impulse erhalten, der gemeinsame europäische Markt und eine darauf aufbauende gemeinsame europäische Politik rücken heute in den Bereich des Möglichen.

Das Jahresende eröffnet für Europa erfreuliche Aussichten. Hindernisse, die unüberwindlich schienen, sind nun durch die Einigung in Brüssel beseitigt worden. Europa kann wieder hoffen.

+ + +

Griechenlands Bindungen an die EWG und die NATO

Von Dr. Hans Apel, MdB,  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD

Auch in der Außenpolitik kann auf grundsätzliche Überlegungen der Moral als Maßstab wichtiger Entscheidungen nicht verzichtet werden. Dabei muß allerdings sehr scharf zwischen Moral und Selbstgerechtigkeit unterschieden werden. Eine Haltung der Art: "Wir können uns doch mit diesem verbrecherischen - brutalen - undemokratischen... Regime nicht an einen Tisch setzen", beruht oft mehr auf Selbstgerechtigkeit, denn auf Moral. Denn sie übersieht die Grundfrage: "Verhandeln wir mit dieser Regierung vor allem zum Nutzen der von ihr unterdrückten Bevölkerung oder nur zu unserem eigenen Nutzen?" Erst diese Frage zwingt uns, moralische Farbe zu bekennen und unser Verhalten entsprechend einzurichten.

Insofern war unser Verhalten im Ministerkomitee des Europarates gegenüber Griechenland moralisch richtig. Unser Antrag auf Suspendierung der griechischen Mitgliedschaft im Europarat sollte dem griechischen Volke zeigen, daß wir seine gegenwärtige Lage, die Verletzung der Menschenrechte wie die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, nicht billigen und wollen, daß dieser Zustand überwunden wird, obwohl uns unsere nationale außenpolitische und ökonomische Interessenlage zu einem anderen Entschluß hätte veranlassen können.

Unsere Erfahrungen mit dem Osthandel, insbesondere aber mit dem innerdeutschen Handel, haben uns immer wieder gelehrt, wie wenig der Außenhandel gegenüber totalitären Regimen eine Waffe im Kampf für mehr Demokratie und Freiheit ist. Die Zeche einer derartigen Politik zahlt vor allem die Bevölkerung. Politik dieser Art ist, wenn überhaupt, mehr Ausfluß eigener Selbstgerechtig-

keit und politischer Emotionen, als echter politischer Moral. Aus diesem Grunde kann aber auch die Forderung nach Auflösung der griechischen Assoziation an die EWG nicht mit politischer Moral begründet werden. Denn es ist ja wohl unsinnig zu meinen, dadurch würde das Regime zum demokratischen Einlenken gezwungen.

Diese Frage ist also vor allem politisch nüchtern zu entscheiden. Auch juristische Zwangsläufigkeiten, die zu einer Auflösung der Assoziation führen müssen, gibt es nicht. Schließlich ist Griechenland noch weit von seiner Vollmitgliedschaft in der EWG entfernt. Sie wäre allerdings ohne die volle Wiederherstellung der griechischen Demokratie nicht möglich. Die politische Entscheidung über diese Frage führt uns heute angesichts der militärischen wie der politischen Lage in Südosteuropa dazu, jeden Versuch zurückzuweisen, die Bindungen Griechenlands an die EWG wie an die NATO infrage zu stellen. Ein etwaiges Ausscheren Griechenlands aus diesen europäischen Organisationen mit vornehmlich ökonomischer bzw. defensiver Zielrichtung - dadurch unterscheiden sie sich sehr wesentlich vom Europarat mit seiner humanitären und demokratischen Fundierung - brächte zudem die Gefahr mit sich, daß Griechenland in ein politisches Fahrwasser abgleitet, das dann allerdings dem griechischen Volke jede Chance nehmen müßte, im westlichen Verband seine demokratischen Freiheiten zurückzugewinnen.

Fragen politischer Moral stellen sich in diesem Bezug jedoch bei Einzelentscheidungen. Schwächt eine Lieferung militärischen oder nicht-militärischen Materials auf kaufmännischer oder nicht-kaufmännischer Basis den Widerstandswillen des griechischen Volkes und die Chancen zur Redemokratisierung? Diese zutiefst moralische Frage kann ohne nationale Selbstgerechtigkeit und Emotionen nur von Fall zu Fall entschieden werden und muß einzelne außenpolitische Entscheidungen wesentlich mit beeinflussen.

- + +

Großbritannien 1969

-----  
Britten zwischen Toleranz und Vorurteilen

Von Hans Joachim Werbke, London

Das Ringen der Labourregierung mit der Gewerkschaftsbewegung über eine Reform des Streikrechts, die Fortführung einer Einkommenskontrolle zur Vermeidung wilder Lohnkämpfe, die Auseinandersetzungen um demokratische Reformen für das eine Eigenrolle spielende Nordirland, die gescheiterte Oberhausreform und das Lamento um die Finanzen des Königshauses - dies waren die wohl am meisten publizierten innenpolitischen Ereignisse in Britannien während des ausgehenden Jahres. Nichts indessen hat den "Mann auf der Straße" mehr und intensiver beschäftigt als die Problematik der Einwanderung und Eingliederung farbiger Bürger aus dem Commonwealth.

Nirgendwo gedeiht die Rassenangst und das Vorurteil gegenüber den Farbigen besser als auf dem Boden wirtschaftlicher Unsicherheit. Die ständig wiederkehrenden Pfundkrisen, die erst mit der Aufwertung der D-Mark eine anhaltende Wendung zum Besseren genommen haben, machten eine straffe staatliche Lohn- und Einkommenskontrolle notwendig, in deren Gefolge die Einrichtung eines Arbeitslosen-"pools" von rund fünf hunderttausend Menschen nicht ausblieb. Die Angst um den Arbeitsplatz richtete sich gegen die Fremden. Steuerlich hart herangezogene Klein Händler und Hausbesitzer, aber auch Facharbeiter, kurz der untere Mittelstand, bildeten das Gros derjenigen, die in eine Panikstimmung hinsichtlich einer eingebildeten "Überfremdung" gerieten. Dieser Ängste nahm sich der konservative Einzelgänger Enoch Power an, der mit statistischen Zahlenmätschen und emotional geladenen Worten rasch Zulauf gewann, vornean die Hafendarbeiter und Schlachter von London. Sein Appell an die niederen Instinkte fand auf der politischen Rechten so viel Echo, daß sich Oppositionsführer Edward Heath in die Lage versetzt sah, den Kurs der Konservativen Partei immer weiter nach rechts hin abzustecken.

Die Labourregierung sucht mit der von ihr geschaffenen Behörde für Rassenbeziehungen und örtlichen Sozialhelfern Vorurteilen zu begegnen und ein einträchtiges Verhältnis zwischen den Einheimischen und Zugewanderten zu fördern. Der wirtschaftliche Engpaß gestattet freilich keine kostspieligen Wohnungsbauten und Umquartierungen. Spannungen sind letztlich entstanden, weil unter den konservativen Regierungen, die billige und dringend benötigte Arbeitskräfte ins Land holten, keinerlei Kontrollen ausgeübt wurden. Ballungen in Einwandererslums waren die Folge und bilden den Kern der Einwandererproblematik. Würden die Farbigen mit ihren Familien besser übers Land verteilt, könnte sich die oft gepriesene britische Toleranz gleichmäßiger entfalten. Zehn Prozent Voreingenommenheit und 17 Prozent dazu Neigenden stehen nämlich 38 Prozent zur Toleranz Neigende und 35 Prozent tatsächlich Tolerante gegenüber, genug, das Spiel von Powell zu durchkreuzen.